

aus Wiesbaden

Nr. 36 – Oktober 2012

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die zerrüttete Koalition von Schwarz und Gelb in Berlin dominiert zwar die Schlagzeilen,
aber der Ableger in Wiesbaden tut sein Bestes, um die Berliner Regierungsparteien in Sachen
Koalitionsstreit zu überflügeln. Wirtschaftsminister Rentsch fordert öffentlich, das Gesetz für
erneuerbare Energien durch eine Abgabequotenregelung zu ersetzen, Ministerpräsident
Bouffier pfeift ihn öffentlich zurück. Das FDP-geführte Kultusministerium will eine neue
Monsterbehörde für die Bildungsverwaltung, Landesschulamt genannt – sieben CDU-
Abgeordnete fehlen bei der namentlichen Abstimmung. Der bildungspolitische Sprecher
Irmer der CDU tritt zurück, weil er die Pläne der FDP ablehnt. Das ist in der Sache kein
Verlust, zeigt aber einmal mehr, wie es im Gebälk des Wiesbadener Bündnisses knirscht. Wie
bei jedem baufälligen Gebäude bleibt abzuwarten, ob es bis zum offiziellen Abrisstermin der
Landtagswahl noch überdauert,
meint*








Heike Habermann

Vom Regen in die Traufe?





Mit zehn Jahren Verspätung hat die Landesregierung die SPD-Forderung nach größeren kommunalen Krankenhausverbänden endlich aufgenommen. Armin Claus hatte als Sozialminister das Konzept entwickelt und mit kirchlichen Trägern auch umgesetzt. Inwieweit die Variante des aktuellen Sozialministers als Lösung für das Offenbacher Klinikum geeignet ist, bleibt indes abzuwarten. Krankenhäuser sind keine Gesundheitsfabriken und dürfen keine werden. Deshalb muss eine flächendeckende, gute medizinische Versorgung auch unter dem Druck des Haushaltsdefizits an erster Stelle stehen. Eine Beteiligung im Kommunalverbund darf nicht heißen, dass Offenbach die politische Verantwortung für die medizinische Versorgung und deren Qualität an den Verbund abgibt. Mitsprache und politische Verantwortung müssen erhalten bleiben. Kooperationsmodelle im Verbund müssen den Vorzug vor dem Beitritt zu einem kommunalen Gesundheitskonzern haben, der nach den gleichen Prinzipien wie ein privater Träger arbeitet und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stadt aushebelt. Zumal auch der Kommunalverbund

die Übernahme der Kredite durch die Stadt bedeutet. Es gibt noch viele offene Fragen im Verbundkonzept des Sozialministers....

Kinder als Versuchskaninchen

Volker Bouffier hat es begriffen – die verkürzte Gymnasialzeit G8 ist weiterhin ein Stolperstein für schwarz-gelbe Mehrheitsträume in Hessen. Deshalb brachte er die neue Hoffnungsträgerin der FDP im Kultusministerium Nicola Beer in Zugzwang und verkündete, die Gymnasien sollten doch zukünftig wählen dürfen, ob sie G8 oder G9 anbieten – oder gar  beides. Nicht der Druck auf die Kinder und der Stress der Familien, auch  nicht das zurückgehende Engagement in Vereinen und Verbänden  beförderten die neue Erkenntnis sondern allein der Wunsch, ein Wahlkampfthema abzuräumen. Der hastig gestrickte Vorschlag aus dem Kultusministerium wird dieses  aber nicht schaffen. Jetzt haben die Gymnasien den Schwarzen Peter und  müssen entscheiden, die Wahlfreiheit der Eltern bleibt weiter auf der  Strecke. 89 Prozent der Hessischen Eltern haben in einer Emnid-Umfrage  erklärt, sie seien gegen die Verkürzung der Gymnasialzeit. Es wird Zeit, sie ernst zu nehmen und die verkorkste Reform zurückzunehmen. Die SPD will eine sechsjährige Mittelstufe in allen Schulformen mit der Möglichkeit, die Schulzeit bis zum Abitur nach eigenem Takt in einer modularisierten Oberstufe zu verkürzen. Nur so ist es möglich, das individuelle Lerntempo von Kindern zu berücksichtigen.

Schwarz-gelber Politikstil: peinlich und albern

Bereits im April brachte Die Linke im Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Grunderwerbssteuer ein. Von CDU und FDP in der ersten Lesung lauthals abgelehnt und diffamiert, kam der Gesetzentwurf zum 2.Mal in den Haushaltsausschuss, dieses Mal zeitgleich mit dem Haushaltsplanentwurf, in dem Einnahmen aus just der Erhöhung der Grunderwerbssteuer zur Senkung des Defizits veranschlagt sind. Allerdings fehlte der dazu gehörige Gesetzentwurf, der die Erhöhung erst möglich macht. Dieses Versäumnis wollte der Haushaltsausschuss  lösen, indem er mit den Stimmen der Ausschussmitglieder von CDU  und FDP beschloss, den Entwurf der Linken zum gemeinsamen  Gesetzentwurf aller Fraktionen zu machen. Vergessen hatten die  Abgeordneten, dass die CDU-Führung jede Initiative der Linken gnadenlos ignoriert und eine gemeinsame Zusammenarbeit kategorisch ablehnt. Die Rolle rückwärts kam prompt: CDU und FDP brachten einen Dringlichen Gesetzentwurf ein, der wortgleich mit dem der Linken ist und wollen auch nur ihren eigenen Entwurf annehmen. Jeder macht sich selbst so lächerlich, wie er kann.

Eure

Reika Halber